

Werkstatt-Notizen

Rechtsextremismus: Erscheinungsformen und Gegenstrategien

Hrsg. von Camino – Werkstatt für Fortbildung,
Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH

Berlin 2004

Impressum

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung
im sozialen Bereich gGmbH
Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Telefon (030) 786 29 84
Fax (030) 785 00 91
mail@camino-werkstatt.de
www.camino-werkstatt.de

Inhalt

Einleitung	5
Störfaktor (rechte) Jugendkultur? Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen und erwachsenen Lebenswelten	7
Silke Hilgers	
Rechts orientierte Jugendliche im ländlichen Raum	11
Katja Wigrim	
Rechtsextremismus – ein Angriff auf die demokratische Stadtkultur	17
Ingo Siebert	
Auf den Weg gebracht: Erfahrungen aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie Potsdam	25
Esther Lehnert/Ingo Siebert	
Zu den Autor/innen	36

Einleitung

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich – setzt seit mehreren Jahren Forschungs- und Praxisprojekte unterschiedlicher Art um, die sich mit den Erscheinungsformen von Rechtsextremismus auseinandersetzen sowie Handlungsmöglichkeiten entwickeln und umsetzen. Uns ist es dabei wichtig, dass Forschung und Praxis in einem engen Austausch bleiben, so dass einerseits Ergebnisse aus Forschungen direkt in die Praxis umgesetzt werden können und andererseits Praxiserfahrungen zeitnah reflektiert und evaluiert werden. Wichtig ist uns darüber hinaus, die unterschiedlichen regionalen und sozialen Kontexte deutlich zu machen, in denen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entstehen und wirksam werden. Unsere Projekte sind von daher sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum zu verorten.

Mit dieser Ausgabe der Werkstatt-Notizen wollen die aus unserer Arbeit resultierenden Erfahrungen mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und entsprechenden Gegenstrategien bündeln und einem interessierten Publikum zugänglich machen. Auf den folgenden Seiten präsentieren wir

- die Erfahrungen eines Projektes der Mobilien Jugendarbeit im ländlichen Raum, das regelmäßig mit rechten Jugendlichen konfrontiert ist,
- die Ergebnisse eines Praxisforschungsprojektes, das sich mit den Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen und erwachsenen Lebenswelten beschäftigt und die Frage stellt, wie rechte (Gewalt-)Strukturen in kleineren Gemeinden mit ländlichem Umfeld verankert sind und wirksam werden, und
- die Erfahrungen aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Potsdam, die ergänzt werden durch einen kurzen Abriss über die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und ihre Verankerung in lokalen Bezügen.

Wir wünschen uns, mit diesen Werkstatt-Notizen weitere Anregungen für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und für die Entwicklung von Gegenstrategien zu geben.

Berlin, im Juni 2004

Störfaktor (rechte) Jugendkultur? Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen und erwachsenen Lebenswelten

Silke Hilgers

„Seit vielen Forschungsgenerationen ist es üblich geworden, Jugend lediglich als gefährdeten oder gefährlichen Teil von Kulturen zu verstehen oder am Zustand derselben eigenkulturelle Voreingenommenheiten zu verankern. In Zukunft gilt es, die aufgerichteten Grenzen zwischen dem Wir und dem Anderen zu überwinden und dem aktiv handelnden Ich und seinen verschiedenen kulturellen Netzwerken mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.“¹

Das Praxisforschungsprojekt „Auseinandersetzungen zwischen jugendlichen und erwachsenen Lebenswelten im Alltag kleinerer Gemeinden“ stellt die Zusammenhänge zwischen den Lebenswelten jugendlicher und erwachsener Akteure in den Mittelpunkt. Unter der Annahme, dass die Entstehung rechter und nicht rechter Jugendkulturen auch Reaktion auf ihren sozialen Kontext ist, wurde untersucht, wie sich Jugendliche und Erwachsene gegenseitig wahrnehmen, welche Konflikte zwischen ihnen bestehen und wie sie im Alltag interagieren. Zu dieser Fragestellung wurde eine kleinräumige ethnologische Studie durchgeführt, in deren Rahmen am Beispiel einer Kommune und eines umliegenden Dorfes der lokale Aufbau der Gemeindeöffentlichkeit nachgezeichnet wurde, innerhalb derer sich die unterschiedlichen Jugendszenen bewegen.

Das Praxisforschungsprojekt trat mit dem Ziel an, Interdependenzen zwischen Jugendszenen, Akteuren vor Ort und der lokalen Öffentlichkeit in der Gemeinde herauszuarbeiten und zu untersuchen, welche Konsequenzen sich daraus für das Verhalten der Erwachsenen sowie der verschiedenen Jugendszenen ergeben.

Die Projektlaufzeit begann im Februar 2003 und endete im März 2004.

Die erste Phase diente der klassischen Feldforschung. Die Forscherin ist für sechs Monate in den Ort gezogen, in dem die Untersuchung durchgeführt wurde. Die Methodik ist qualitativ, basiert also nicht auf statistischer Repräsentativität. Vielmehr wurde mit Interviews, Beobachtung und teilnehmender Beobachtung gearbeitet, um das Thema ethnographisch zu bearbeiten.

Die zweite Phase folgte darauf und stieß einen lokalen Kommunikationsprozess an, der wissenschaftlich begleitet wurde. In dieser Phase kam eine zweite Mitarbeiterin vor Ort hinzu, die sich als Expertin für Sozialarbeit/Sozialpädagogik in das Projekt einbrachte. Es wurde ein Videoprojekt mit Jugendlichen durchgeführt, in dem diese ihre Sicht auf ihren Heimatort in vier Kurzfilmen darstellten. Die gut besuchte Veranstaltung, in der die Filme präsentiert wurden, mündete bereits in erste Diskussionen. Aufgegriffen wurden die angesprochenen Probleme und Aspekte des Zusammenlebens in der Gemeinde schließlich im Rahmen einer Zukunftswerkstatt, aus der drei Arbeitsgruppen

¹ D. Dracklé, Kulturelle Repräsentationen von Jugend in der Ethnologie, in: D. Dracklé (Hg.), *Jung und Wild – Zur kulturellen Konstruktion von Kindheit und Jugend*, Berlin 1996, S.39.

hervorgingen. In diesen befassen sich Jugendliche und Erwachsene gemeinsam mit Themen wie Gewalt, Toleranz und Zusammenleben im Ort. Die ersten beiden Phasen umfassten acht Monate.

Die dritte Phase diente der Auswertung und Präsentation. Hierzu wurden ein Expertengespräch und ein Fachtag veranstaltet.

Als Untersuchungsgemeinden wurde die Stadt Vetschau und das Dorf Raddusch gewählt, wobei der Schwerpunkt der Studie auf Vetschau liegt. Die Auswahlkriterien waren insbesondere Einwohnerzahl (Vetschau: 7.000, Raddusch: knapp 300), Ortslage außerhalb des Berliner Speckgürtels und Vorhandensein einer diversifizierten Jugendszene. Vetschau wurde nicht zuletzt deshalb gewählt, weil Bürgermeister und Amtsmitarbeiter dem Projekt sehr offen gegenüber standen.

Die Zusammenarbeit mit Stadt, Schule, Jugendclubs, Mobilem Beratungsteam, erwachsenen und jugendlichen Befragten und Teilnehmenden am Projekt verlief sehr positiv.

Als zentrale Ergebnisse des Praxisforschungsprojektes lassen sich herausstellen:

In der Wahrnehmung zahlreicher befragter Erwachsener sind Jugendliche in Vetschau wenig präsent. Häufig wurde Erstaunen darüber geäußert, dass in der Gemeinde eine Studie durchgeführt wird, die das Zusammenleben zwischen Erwachsenen und Jugendlichen thematisiert: „Jugendliche, die gibt es hier doch kaum noch, die ziehen doch alle weg, weil es hier keine Lehrstellen und Arbeitsplätze mehr für sie gibt.“ Der Anteil der Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung der Stadt ist im Rahmen des Vetschauer Strukturwandels stark zurückgegangen. Da der Tagebau in der Kleinstadt nach der Wende eingestellt wurde, fehlen Arbeitsplätze, der junge Teil der Bevölkerung wandert ab, der Anteil der Senioren steigt. Aber bis sie wegziehen müssen, gibt es sie in der Stadt: Skater und Basketballer, junge Leute, die in einer Band Musik machen, sich in Jugendclubs oder zu Hause treffen oder einfach nur „abhängen“, Jugendliche linker und rechter Orientierung. Vetschau kann sich über eine außergewöhnliche Vielfalt an Jugendcliquen freuen. Die befragten Erwachsenen differenzieren jedoch wenig zwischen den Jugendkulturen. Dies liegt auch daran, dass die Jugendlichen im öffentlichen Raum insbesondere dort anzutreffen sind, wo sie im alltäglichen Leben der Erwachsenen nicht sichtbar werden: auf dem Sportplatz hinter der Gesamtschule, auf der Skaterbahn zwischen einem Wohnkomplex, in einem abseits gelegenen Proberaum. Eine Clique rechtsorientierter Jugendlicher ist dagegen für die Erwachsenen sehr präsent, da sie sich direkt neben einem stark frequentierten Supermarkt mit Ladenzeile aufhält. Als störend werden diese nur wahrgenommen, wenn sie sich „daneben benehmen“. So lange sie sich „anständig“ verhalten, sind sie im Ort geduldet. Jugendliche werden von den befragten Erwachsenen häufig danach bewertet, ob sie ordentlich oder nicht ordentlich sind. Auf der falschen Seite des Fahrradweges zu fahren, löst bei einigen Erwachsenen eher Kopfschütteln aus als eine rechte politische Gesinnung der Jugendlichen. Rechts orientierte Jugendliche werden nicht selten als anständig wahrgenommen, während an tief hängenden Hosen oder langen Haaren bei nicht rechten Jugendlicher häufig Anstoß genommen wird. Eine rechtsorientierte Einstellung von Personen gehört nach Ansicht der meisten befragten erwachsenen Vetschauer/innen zum Spektrum einer

politischen Vielfalt: „Man kann ja niemandem die Meinung verbieten, wir leben doch in einer Demokratie.“

Im alltäglichen Leben bedroht fühlen sich nur einige wenige befragte Erwachsene. Eine latente Angst äußert sich jedoch darin, dass viele einen Bogen um rechtsorientierte Jugendliche machen, insbesondere, wenn diese in großen Cliques unterwegs sind. Auch an Stadtfesten oder Feiertagen wie Himmelfahrt, wenn mit einem gesteigerten Alkoholpegel zu rechnen ist, werden die rechtsorientierten Jugendlichen von Erwachsenen eher als bedrohlich wahr genommen. In der Regel ist die Reaktion eher defensiv. Hakenkreuze auf den Fensterscheiben einer Ladenzeile werden stillschweigend weggewischt, gerufene rechte Parolen hingenommen, die Auseinandersetzungen zwischen rechtsorientierten und nicht rechten Jugendlichen als „Rangeleien zwischen Jugendlichen“ bagatellisiert.

Die wenigen Migrant/innen, die in Vetschau leben, äußern ein starkes Bedrohungsgefühl. Eine afghanische Familie, deren Sohn von rechtsorientierten Jugendlichen verprügelt wurde, zieht aus dem Ort, weil sie sich nicht mehr sicher fühlt. Vor allem aber nicht rechte Jugendliche werden Opfer von gewalttätigen Übergriffen durch rechtsorientierte Jugendliche. In einigen Situationen geben sie zu, provoziert zu haben. In den meisten Fällen reicht jedoch das „falsche“ Outfit oder das Pech, zum falschen Zeitpunkt am falschen Ort gewesen zu sein. Immer wieder erzählen Jugendliche von Vorfällen, bei denen sie angepöbelt, verfolgt oder verprügelt wurden. Sie fühlen sich von rechtsorientierten Jugendlichen bedroht. Die Erwachsenen bekommen davon in der Regel wenig mit, wenn sie nicht als Elternteil unmittelbar davon betroffen sind. Das Bedrohungsempfinden ist variiert also stark zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, zwischen Migrant/innen und Deutschen. Mädchen haben in der Regel eine geringere Befürchtung, von rechtsorientierten Jugendlichen verprügelt zu werden, da Gewalt in dem Ort meistens zwischen männlichen Akteuren ausgeübt wird. Eine im öffentlichen Raum agierende Mädchen-Clique gibt es in Vetschau nicht. Das Bedrohungsempfinden der Jugendlichen steigt in der Regel am Wochenende und bei bestimmten Festen (Stadtfest, Männertag, Osterfeuer etc.), da an diesen Tagen zu dem hohen Alkoholkonsum die Präsenz von rechtsorientierten Jugendlichen aus anderen Orten kommt. Vetschau ist eine überschaubare Stadt. Die Jugendlichen kennen sich zum Teil schon von klein auf. Jemanden aus einer rechtsorientierten Clique gut zu kennen bzw. mit ihm befreundet zu sein, kann dazu führen, aus einer brenzligen Situation unversehrt herauszukommen. Umgekehrt steigt die Wahrscheinlichkeit von Pöbeleien und gewalttätigen Übergriffen, wenn die Jugendlichen sich nicht kennen bzw. aus Orten kommen, die „sich nicht grün sind“.

Die Frage nach möglichem Schutz für Jugendliche, die sich bedroht fühlen, bleibt unbeantwortet. Die meisten Erwachsenen bekommen von Verfolgungen oder Prügeleien nichts mit, in Situationen unmittelbarer Bedrohung mangelt es an Zivilcourage.

Als weiteres wichtiges Ergebnis der Studie ist festzuhalten, dass Jugendliche sich mehr Mitbestimmungsrechte in der Stadt wünschen. Kommunale Entscheidungsprozesse sind für junge Leute häufig schwierig nachvollziehbar und aufgrund der langwierigen und nicht „jugendgerechten“ Verfahren selten attraktiv. Die Stadt Vetschau probiert zur Zeit neue Verfahren aus, um Jugendli-

che stärker in die Kommunalpolitik einzubinden und eine größerer Partizipation von jungen Leuten zu gewährleisten.

Am Beispiel Vetschau wird deutlich, dass es verkürzt ist, Jugendliche als Problemgruppe zu begreifen und ihr Handeln losgelöst vom Kontext zu betrachten. Erst im Zusammenspiel zwischen Jugendlichen und Erwachsenen können Probleme wirklich erfasst und bearbeitet werden. In Vetschau ist einiges in Bewegung gekommen. Jugendliche und Erwachsene haben „ihre Ärmel hochgekrempt“ und engagieren sich in neu entstandenen Arbeitsgruppen für ein besseres, tolerantes Miteinander. Sie haben sich an der Startlinie die Hände gereicht.

Rechts orientierte Jugendliche im ländlichen Raum

Katja Wigrim

Folgende Ausführungen beziehen sich auf die Erfahrungen aus der Umsetzung des Modellprojektes „NEXUS – Mobile Jugendarbeit im ländlichen Raum“. In der Zeit von 1998 bis 2003 arbeitete dieses Projekt in Trägerschaft von Camino im Rahmen des Bundesmodellprogramms „Mobile Jugendarbeit im ostdeutschen ländlichen Raum“ in ländlich geprägten Regionen des Landkreises Spree-Neiße in Brandenburg.

Situationsbeschreibung

Wenn heute von rechter Einstellung die Rede ist, reihen sich die Assoziationen noch immer in eine Vielzahl von Klischees ein. Nicht allein, dass in diesem Zusammenhang ein klares Erscheinungsbild potenzieller Täter (Kleidung einschlägig bekannter Herstellermarken, kurze, streng frisierte oder gar keine Haare, Springerstiefel und verfassungsfeindliche Symbole an Jacken oder T-Shirts) mit dem dazugehörigen Gedankengut und der Bereitschaft, diese in Wort und Tat zu demonstrieren, vor dem inneren Auge erscheint. Häufig glaubt man auch, eine klare Zuordnung zu einem Herkunftsmilieu treffen zu können. Zumeist wird davon ausgegangen, dass es sich hierbei um junge Menschen handelt, die entweder von bestimmten Persönlichkeitsmerkmalen (wie z.B. einer autoritären Charakterstruktur) geprägt sind oder die im Zuge moderner gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse vom Gefühl geleitet sind, Modernisierungsverlierer zu sein, auf der Suche nach Feindbildern, die ihre Situation verantworten sollen.

Durch die vielfältigen Kontakte mit Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und sozialer Herkunft während der Laufzeit des Projekts wurde deutlich, dass Bewohner/innen häufig davon ausgehen, es gebe in der dörflichen Grundstruktur keine Anzeichen für Jugendliche, welche sich der „rechten Szene“ zugehörig oder nahe fühlen. Vielmehr wird angenommen, dass die eigene Jugend im Dorf ein „normales“ Abbild der Jugend im allgemeinen sei – was in gewisser Weise auch der Fall zu sein scheint, wenn man der Annahme folgt, dass „rechte Szenekultur“ im ländlichen Raum oft als jugendkultureller Mainstream zu verstehen ist.

Es wurde und wird deutlich, dass die Wahrnehmung, der ländliche Raum verfüge über ausreichend soziale Kontrolle, identitätsstiftende Orientierungsangebote und grundsätzliche Geborgenheit, um rechten Tendenzen begegnen zu können, einen Trugschluss in sich birgt. Dabei sind folgende Aspekte interessant, die erklären könnten, wie es zur Nicht-Wahrnehmung von rechter Jugendkultur im Ort kommt.

1. Rechte Jugendliche im ländlichen Raum verkörpern in der Regel nicht das medienwirksame Klischee der „harten Glatze“. Zumeist ist ihr Erscheinungsbild bis auf kleinere, für die Erwachsenenwelt kaum zu entschlüsselnde „Erkennungszeichen“ eher dem zeitgemäßen Kleidungsstil jun-

ger Menschen angepasst. Diese optische Nichterfüllung eines Klischees könnte ihre Ursache darin haben, dass anzunehmen ist, dass die große Mehrheit der dörflichen Bewohnerschaft eine solche Darstellung von Gedankengut und Weltanschauung aus Angst vor einem möglichen Imageverlust des eigenen Dorfes nicht dulden würde. Den Jugendlichen ist dies offensichtlich bewusst. Darüber hinaus ist ohnehin erkennbar, dass sich seit längerem eine deutliche Abwendung vom klassischen „Glatzen“-Outfit abzeichnet. Ein Rückschluss vom äußeren Erscheinungsbild auf die politische Einstellung ist daher schon länger nicht mehr ohne weiteres möglich.

2. Je kleiner der soziale Raum, desto größer ist die soziale Kontrolle. Und so kann möglicherweise davon ausgegangen werden, dass Jugendliche in kleinen sozialen Räumen es verstehen, nicht mit den sozial gesetzten Normen dieses Raumes/Dorfes in Konflikt zu geraten. Auf diese Weise gelingt es Jugendlichen über einen längeren Zeitraum, ihren Jugendraum für sich und ihre Aktivitäten zu bewahren, da sie im Verständnis ihres sozialen Umfelds „keine Probleme machen“. Jugendliche in ländlich strukturierten Räumen leben möglicherweise mehr als die Stadtjugend in einer Angepasstheit, die sich zumindest äußerlich demonstriert.

3. Wenn Jugendliche in ihrem Dorf/ihrer Gemeinde offen fremdenfeindliche oder rassistische Aussagen machen, tun sie dies meist nur dann, wenn sie davon ausgehen können, dass diese Haltung allgemein legitimiert und akzeptiert ist, weil sie die Grundhaltung der sozialen Mehrheit widerspiegelt.

Unter der Berücksichtigung aller denkbaren Erscheinungsformen und Abstufungen von rechtem Gedankengut muss man nach fünf Jahren Beobachtungszeitraum zu dem Ergebnis kommen, dass jeder kennen gelernte Sozialraum, in dem Jugendliche agieren, auch durch rechtes Gedankengut, rechte Einstellungen und zum Teil auch Verhaltensweisen charakterisiert ist.

Im Detail lassen sich die Beobachtungen und Erfahrungen wie folgt zusammen fassen:

1. Da der öffentliche Raum vorrangig von männlichen Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren dominiert wird, sollte diese Altersgruppe die vorrangige Zielgruppe darstellen.
2. Jugendliche zeigen sehr oft deutlich rechte Tendenzen, verstehen sich jedoch nicht zwangsläufig auch als rechts orientiert, da es inzwischen legitim zu sein scheint, Formulierungen und Ansichten zu vertreten, die weitläufig „Stammtischparolen“ genannt und durch eine allgemeine Akzeptanz in ihrer Brisanz verwässert werden.
3. Unabhängig von der o.g. „Nicht-Wahrnehmung“ rechter Tendenzen im Ort löst das Erscheinungsbild des „biedereren“ jungen Deutschen in der Öffentlichkeit weniger Unsicherheiten aus als die „bunten“ Alternativen, welche häufiger mit Drogenkonsum und anderen Verhaltensauffälligkeiten in Verbindung gebracht werden.
4. Junge Heranwachsende haben kaum Möglichkeiten, sich der in den Orten vorherrschenden Szenekultur im Sozialraum zu entziehen (Mobilitätsproblematik). Wenn es eine rechte Szene im Ort gibt, dann setzt sich diese oft auch als homogene (Jugend-) Kultur vor Ort durch. Der Jugendclub/-raum vor Ort ist dann „besetzt“ von Jugendlichen mit den jeweiligen Einstellungsmustern.

Diese bestimmen letztlich das „jugendkulturelle Klima“ vor Ort und entscheiden über Aufnahme oder Akzeptanz im Club bzw. im Ort. Jugendliche, welche bis dahin ohne konkrete Orientierung sind, geraten nicht selten unter Konformitätsdruck und nähern sich den bestehenden Denk- und Argumentationsstrukturen der dominierenden sozialen Gruppe an.

5. Während sich in städtischen Räumen aufgrund ihrer demographischen Struktur unterschiedlich orientierte Jugendliche aufhalten, die in sich homogene Cliques mit gleichen Einstellungen bilden, gestaltet sich die Gruppenkonstellation in ländlichen Räumen differenzierter. Nicht zwangsläufig jeder in der Gruppe teilt die rechte Einstellung in gleicher Art und gleichem Umfang wie andere Teile der Gruppe. So kann es passieren, dass innerhalb eines Jugendraums sowohl „normale“ Jugendliche mit fremdenfeindlichen Tendenzen als auch rechts orientierte und rechtsextreme (ohne organisierten Hintergrund) sowie rechtsextreme, organisierte Jugendliche (z.B. als Mitglied einer Kameradschaft) vereint sind.

Zusammengefasst verdeutlichen diese Aspekte, dass wohl kaum davon die Rede sein kann, der ländliche Raum sei frei von rechten Orientierungen. Er scheint vielmehr weniger offensiv, in seinen Abstufungen innerhalb einer Gruppe differenzierter und im dörflichen Kontext dem politischen Klima vor Ort angepasster zu sein.

Handlungsstrategien

Wenn nun über die Frage möglicher Perspektiven und Handlungsstrategien nachgedacht wird, muss zum einen verdeutlicht werden, dass rechte Orientierungen keineswegs eindimensionale Ursachen haben, denen ausschließlich mit Jugendsozialarbeit begegnet werden kann. Zum anderen ist gerade für die Arbeit im ländlichen Raum die Differenzierung der Zielgruppe relevant. Wie oben beschrieben, reichen die Einstellungsmuster von Fremdenfeindlichkeit und antipluralistischer Haltung bis hin zu Antisemitismus und Ethnozentrismus.

Das Projekt schloss von vorn herein die Zielgruppe der organisierten, gefestigten rechtsextremen Jugendlichen aus. Entsprechend den gegebenen Rahmenbedingungen war die Arbeit mit gefestigten Gruppen/Einzelpersonen nicht verantwortbar und auf Grund der Anzahl der zu begleitenden Gruppen nicht leistbar. So gab es eine vordergründige Festlegung auf jene Gruppen, die von latent gefährdeten - mit rechten Strömungen experimentierenden - Jugendlichen dominiert war.

Die Arbeit erfolgte dabei auf folgenden (sich zum Teil überschneidenden) Ebenen:

Kommunale Ebene

Wie oben beschrieben, ist das politische Klima des Ortes für die Entwicklung und Etablierung rechter Orientierungen von erheblicher Bedeutung. Dementsprechend kann die Arbeit zum Thema „Rechtsextremismus“ nie ausschließlich auf der Ebene der jungen Heranwachsenden basieren. So war ein Ansatz des Projektes, auch die in den jeweiligen Orten relevanten Akteure der Erwachsenenwelt für das Thema „Rechts“ zu sensibilisieren. Hierfür kooperierte NEXUS verstärkt mit dem

Mobilem Beratungsteam Brandenburg Süd und thematisierte „Stammtischrassismus“ und Fremdenfeindlichkeit sowohl in den vor Ort erscheinenden Amtsblättern als auch in den regelmäßig stattfindenden Bündnistreffen. Der Fokus lag darauf, rechte Tendenzen in der dorfeigenen Jugendgruppe frühzeitig zu erkennen, aber auch durch reflektierende Gespräche die eigenen fremdenfeindlichen Denkmuster zu erfassen und gegebenenfalls zu thematisieren. In diesem Zusammenhang wurden so genannte „Landkarten“ zu der Cliquenstruktur der einzelnen Orte und ihrer ideologischen Zusammensetzung erarbeitet und ausgewertet sowie weitere Veranstaltungen zu Erscheinungsformen von rechten oder rechts orientierten Einstellungsmustern durchgeführt. Bestand eine Vertrauensebene zwischen den erwachsenen Akteuren und den Projektmitarbeiterinnen, war eine Thematisierung der Problematik, dass es im Ort einen Jugendclub gibt, in dem sich ungestört vorrangig rechts orientierte Jugendliche aufhielten, noch möglich. Schwieriger gestaltete sich eine Auseinandersetzung mit den Vorurteilen und der Stereotypie des Ortes und der Akteure selbst. Hier stellt sich die Frage, inwieweit ein Projekt wie NEXUS mit den entsprechenden Rahmenbedingungen in diesen Zusammenhängen einer Auseinandersetzung gerecht werden kann - beispielsweise durch den Umstand, dass das Projekt trotz jahrelanger Tätigkeit durch seine Zeitbegrenzung letztlich immer ein nicht vollständig verortetes Segment in der Gemeinschaft bleibt und hier also aufgrund seiner zugewiesenen Rolle an Grenzen stößt.

Im Weiteren ging es um eine verstärkte Einbindung und Beteiligung Jugendlicher in demokratische Prozesse vor Ort, um diese für sie erlebbar zu machen. Eine der Voraussetzungen für ein solches Vorhaben ist, dass junge Menschen als gleichberechtigte Mitglieder vor Ort wahrgenommen und anerkannt werden. Nur über ein solches Verständnis können sie ihren Platz in der dörflichen Gemeinschaft einnehmen und damit die Chance erhalten, an demokratischen Prozessen teilzuhaben. Allerdings zeigten sich an dieser Stelle Schwierigkeiten. Oftmals behindern die festen Strukturen in den Gremien das Wirken und innovative Denken der jungen Generation. Fast ausnahmslos wird davon ausgegangen, dass sich die Jugendlichen in die bestehende Ordnung und die über Jahrzehnte etablierten Strukturen der Erwachsenenwelt einzuordnen haben. Ein gegenseitiges Aufeinanderzukommen findet in den wenigsten Fällen statt.

Als Beispiel kann hier das Gremium der Gemeindevertretersitzung angeführt werden. Ungeachtet der formalen Strukturen, welche es Jugendlichen ohnehin erst mit Abschluss des 18. Lebensjahres ermöglichen, Gemeindevertreter/innen zu wählen oder sich selbst zur Wahl zu stellen, um somit legitimierte Einfluss auf das dörfliche Geschehen zu nehmen, wurde dieses Gremium – angeregt durch NEXUS – von den Jugendlichen zumindest immer wieder genutzt, wenn es um Belange ging, in denen Jugendliche die Unterstützung der Gemeinde benötigten. In Vorgesprächen wurden die Jugendlichen im Rahmen der Projektarbeit auf Verfahrenswege der Antragstellung (bezüglich der Tagesordnung etc.) und die formellen Befindlichkeiten (welche bekanntermaßen nicht selten zu berücksichtigen sind) hingewiesen und vorbereitet. Des Weiteren wurde das Anliegen im Vorfeld der Sitzungen wiederholt durchgesprochen und dabei verabredet, welche Rollen von welchen Jugendlichen übernommen werden. Verdeutlicht wurde auch, dass NEXUS nur im „äußersten Notfall“ einspringen sollte und sich ansonsten im Hintergrund halten, somit also nur eine begleitende Funktion übernehmen würde. In jedem Fall waren die Jugendlichen im Vorfeld

dieser Gemeindevertretersitzungen spürbar aufgeregt und unsicher. „Was, wenn ich plötzlich nicht mehr weiß, was ich sagen will? Und alle sitzen sie dann da, hinter ihren Tischen, und starren mich an? Da wird mir jetzt schon schlecht“, ist nur eine Aussage, welche die Projektmitarbeiterinnen in ähnlicher Weise immer wieder hörten. Sie verdeutlicht, dass die Jugendlichen sehr wohl wissen, welche Erwartungen an sie als Redner/innen gestellt werden können, und den festen, ihnen nicht vertrauten Ordnungen und Regeln mit Unsicherheit begegnen. Gemeint sind hier vor allem die Tagesordnung und die für Jugendliche oftmals verwirrenden in politischen Gremien verwendeten Fachtermini.

Immer wieder wurde die Erfahrung gemacht, dass jugendrelevante Themen zu den letzten auf der Tagesordnung zählten. Für die Jugendlichen hieß dies, oft mehr als eineinhalb Stunden still zu sitzen, sich Ausführungen über geplante Straßenausbesserungen, neue Verkehrsschilder, Abwassergebührenverordnung und ähnliche, für sie oft nicht relevante und zum Teil auch unverständliche Themen anzuhören. Dass damit nicht unbedingt Motivation am Leben erhalten wird, ist kaum zu bestreiten. Denn welche Botschaft wird Jugendlichen vermittelt, die durch eine für sie codierte Sprache verunsichert, am Verstehen gehindert und damit im weitesten Sinne vom Sitzungshergang ausgeschlossen werden und deren Belange eine minder hohe Priorität zu haben scheinen als jene, welche sich auf verkehrs- oder bautechnische Bereiche beziehen.

Hier läge es in der Verantwortung der Erwachsenen, den Jugendlichen entsprechend entgegenzukommen. Dies gelingt nicht zuletzt, indem auf die Befindlichkeiten der Jugendlichen eingegangen und somit beispielsweise das sie betreffende Thema an die vorderste Stelle der Tagesordnung gesetzt bzw. der Sitzungsrahmen und Sprachgebrauch wenigstens kurzzeitig für Jugendliche entsprechend gestaltet wird.

Mit Sicherheit ist damit nicht gleich die angestrebte Einbeziehung Jugendlicher in demokratische Prozesse vor Ort vollständig erreicht. Doch bewegt dieser Ansatz Jugendliche in einem ersten Schritt dazu, ihre Belange in die dafür vorgesehenen Gremien zu tragen, um sie dort entsprechend zu bearbeiten. In einem weiteren Schritt lernen sie – durch ein verständnisvolles Entgegenkommen von der Erwachsenenwelt – ernst und als Partner wahrgenommen zu werden. Dies allein kann Anreiz genug sein, sich auch zukünftig als relevanter Bestandteil des Gemeinwesens zu begreifen und dementsprechend für den eigenen Sozialraum engagieren zu wollen.

Alltagsebene

Neben einzelnen Projekten, wie dem jährlich stattfindenden „Aktionstag für Demokratie und Toleranz“ bzw. thematisch gestalteten Schulprojekttagen („Anders sein in Drebkau“), die sich auf unterschiedlichen Wegen einer Auseinandersetzung mit Kulturen- und Lebenspluralität näherten, lag einer der Hauptschwerpunkte der Arbeit auf der Stärkung und Unterstützung alternativer Jugendkulturen, um somit einer möglichen jugendkulturellen Homogenität entgegenzuwirken.

Eine „politische Linke“, Punks oder Gothics wurden in keinem der Orte angetroffen. Sofern es „Randszenen“ gab, waren sie in der Nähe der Techno-, HipHop- und Skateboarderbewegung ver-

ortet und bezüglich letztgenannter nur durch wenige Jugendliche vertreten. Jugendkulturelle Angebotsformen konzentrierten sich vorrangig auf Events, die sich unmittelbar an eben diese Szenekultur richteten. Die Initiierung von HipHop- und Graffiti-Projekten bot einerseits eine Plattform, die es Anhänger/innen dieser Szenen ermöglichte, ihre Kultur öffentlich zu leben, und sie eröffnete andererseits Jugendlichen, die sich noch im Orientierungsprozess befanden, ein dem Zeitgeist entsprechendes, attraktives Alternativangebot, das sich vom bisherigen Lebensalltag im Dorf abhob. Zum Teil wurden die Events durch passende Sport- oder beispielsweise ein Fakirangebot aufgelockert. Dies sollte einem möglichen Abgrenzungsklima, das Szene-Events zumeist ausstrahlen, entgegenwirken und eventuelle Zugangsängste für nicht szenevertraute Jugendliche niedrig halten. NEXUS zielte damit auch darauf ab, diese Szenen nicht plakativ ins Rampenlicht zu stellen und somit sichtbar als Strategie gegen „rechte Alltagskultur“ zu instrumentalisieren, sondern alternative Jugendkulturen kontinuierlich und niederschwellig in den Freizeitbereich der Jugendlichen zu integrieren.

Des Weiteren stand vorrangig die niederschwellige, am Alltag orientierte differenzierte Auseinandersetzung mit potenziell rechtem und ausländerfeindlichem bzw. „stammtisch-rassistischem“ Gedankengut im Vordergrund der Arbeit. Voraussetzung ist hier die Beziehungsarbeit als Grundlage für Orientierungsprozesse. Wichtig in diesen Auseinandersetzungen ist die Gestaltung einer kritischen Reflexion, um einen differenzierten Blick zu ermöglichen und möglichen Pauschalisierungen entgegenzuwirken. Solche Thematiken in das Alltagsgeschehen des Projektes zu integrieren, gelang aufgrund der Rahmenbedingungen nur dann, wenn entsprechende Beziehungen und Bindungen zwischen Mitarbeiterinnen und Jugendlichen entstanden waren.

Um so wichtiger scheint die Erkenntnis, dass diese Regel allgemein gelebt werden sollte, um entsprechende Orientierungen im Alltag geben zu können. Eine solche Grundhaltung in Auseinandersetzungen mit Jugendlichen könnte unter anderem auch dazu beitragen, dass Jugendlichen Sicherheit und Klarheit vermittelt werden, die ihnen im Alltag oft fehlen. Somit könnte dem, was rechte Gruppierungen an vermeintlichen Orientierungen bieten, etwas entgegengesetzt werden.

Rechtsextremismus – ein Angriff auf die demokratische Stadtkultur²

Ingo Siebert

Als ein besonderer Aspekt der „Krise des Lokalen“ müssen die Erscheinungen des Rechtsextremismus vor allem in den ostdeutschen Städten und Gemeinden bezeichnet werden. Hier hat sich in den letzten vierzehn Jahren der Rechtsextremismus neu formiert, verfestigt und ausdifferenziert. Im Sommer 2000 wurde in der damaligen Debatte erstmals durch einen hochrangigen deutschen Politiker, Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, deutlich darauf hingewiesen, dass Fremdenfeindlichkeit bei nicht wenigen Bürger/innen ein selbstverständlicher Teil des Alltagsbewusstseins und der Rechtsextremismus als ein kulturelles Phänomen in vielen ostdeutschen Städten und Gemeinden alltäglich geworden ist.

In der Betrachtung des Rechtsextremismus waren lange Zeit zwei Bilder dominant: Ein Ausgangspunkt sind die politischen Parteien der extremen Rechten (DVU, Republikaner, NPD) und ihr Abschneiden bei Wahlen. Dabei wird immer wieder konstatiert, dass es der extremen Rechten kaum gelingt, das rechtsradikale Einstellungspotenzial (1998 betrug dieses bundesweit 13 Prozent, in Westdeutschland waren es 12, in Ostdeutschland 17 Prozent), von einzelnen Wahlerfolgen abgesehen, zu mobilisieren.³

Eine zweite Betrachtungsweise bezieht sich vor allem auf Rechtsextremismus als Jugend- bzw. Jugendgewaltphänomen. Insbesondere kriminologische und erziehungswissenschaftliche Analysen untersuchen das Verhalten von fremdenfeindlichen und rechtsextrem orientierten Jugendlichen und entwickeln dementsprechend meist pädagogische Maßnahmen für Schule, Jugendhilfe und Ausbildung. In der ersten Betrachtungsweise wird vernachlässigt, dass sich neben den politischen Parteien der extremen Rechten eine rechte Subkulturszene aus Kameradschaft, Skinheads und rechtem Lifestyle herausgebildet hat, die über Wahlen hinaus und auch ohne Parteistrukturen im lokalen Raum mobilisierungsfähig und aktionsbereit ist. Die Betrachtung „Rechtsextremismus als Jugendphänomen“ erkennt zwar häufig den subkulturellen Charakter der Entwicklungen in den letzten vierzehn Jahren an, allerdings wird in dieser Betrachtungsweise vielfach der Anteil der „Mitte der Gesellschaft“ ausgeblendet.⁴

² Zuerst erschienen in: Vorgänge - Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 1/2004: Zwischen Krise und Kreativität: Die Stadt im Wandel.

³ Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000, S. 31.

⁴ Christoph Butterwegge, Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt – Analysen und Argumente, Opladen 2000, S. 35.

Der Kontext Stadt, Wohnquartier und Nachbarschaft kommt als explizierter Bezugspunkt dagegen nur in wenigen wissenschaftlichen Analysen vor.⁵ Eine sozialräumliche Betrachtung der Ausbreitung, Verfestigung und Differenzierung von rechtsextremen Strukturen könnte aus meiner Sicht eine Lücke in den bisherigen Analysen zu diesem Themenbereich schließen. Dabei fordern die Entwicklungen eine auf den städtischen Raum bezogene Betrachtung des Phänomens Rechtsextremismus geradezu heraus. Rechtsextremismus aus diesem Kontext betrachtet kann als Angriff auf die demokratische Stadtkultur verstanden werden. Im Folgenden soll hier auf vier zentrale Entwicklungen eingegangen werden, die aus meiner Sicht eine sozialräumliche Betrachtungsweise der Ausbreitung und Differenzierung von Rechtsextremismus nötig machen:

1. Die Strategien des organisierten Rechtsextremismus haben sich im Unterschied zu den Nachkriegsjahrzehnten der alten Bundesrepublik verändert. Diese „moderne“ Form des Rechtsextremismus hat gerade in den neuen Ländern den Raum (die Stadt und die Nachbarschaft) zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten („Kampf um Räume“).
2. Vor allem in ostdeutschen Gemeinden hat sich eine rechtsextreme Subkultur mit einer spezifischen Raumeignungspraxis herausgebildet. Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich in der DDR und später in den neuen Ländern eine jugendliche rechtsextrem orientierte Subkultur entwickelt, die in vielen Städten eine hegemoniale Stellung innerhalb der verschiedenen Jugendszenen einnimmt und vor allem im öffentlichen Raum eine Dominanz ausstrahlen kann.
3. Beide Entwicklungen müssen im Zusammenhang von strukturellem und alltäglichem Rassismus in den Städten und ihren Nachbarschaften betrachtet werden. Eine Annahme in diesem Zusammenhang ist, dass das sozialräumliche Klima beide vorgenannten Entwicklungen begünstigen kann.
4. Spätestens die Diskussionen vom Sommer 2000 haben dazu geführt, dass in einigen Städten Ostdeutschlands Gegenstrategien auf die gesamte Stadt ausgeweitet wurden und nun auch die städtische Zivilgesellschaft in das Blickfeld von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Demokratie geraten ist (Mobilisierung der lokalen Zivilgesellschaft).

Strategien des organisierten Rechtsextremismus – Kampf um Räume

Aktionen von organisierten Rechtsextremist/innen im öffentlichen Raum vieler Städte in Form von Aufmärschen, Ständen, Flugblattaktionen, Konzerten und Straßenfesten gehören nicht mehr zu den Ausnahmeerscheinungen. Organisierter Rechtsextremismus war in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, abgesehen von rechtsterroristischen Organisationen, überwiegend durch Parteien und ihren Kampf um Parlamente geprägt. Mit Beginn der 1990er Jahre kam es zu einer strategischen Wende innerhalb des rechtsextremistischen organisierten Lagers. Hintergrund für diese Wende waren die Reaktionen des Staates auf die Stärkung des rechten Lagers in Form von

⁵ Rainer Strobl/Stefanie Würtz/Jana Klamm, *Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit*, Weinheim u. München 2003.

repressiven Maßnahmen: So wurden in den Jahren von 1992 bis 1995 allein sechzehn Organisationen verboten. Statt auf starre, überregionale und hierarchisch gegliederte Organisationen und Parteien, die nach Verboten wieder neu aufgebaut werden müssen, setzt die neue Strategie auf den Aufbau dezentraler und autonom agierender Gruppen meist ohne formale Struktur, die sich mit Hilfe der modernen Kommunikationsmittel koordinieren. Mittlerweile haben wir es mit einer Vielzahl von rechtsextremen Projekten, autonomen Kameradschaften und Netzwerken zu tun. Die neue Qualität dieser Form von rechtsextremer Organisation liegt in der Flexibilität gegenüber den starren Naziorganisationen und Parteien. Diese Strukturen ermöglichen es einerseits, sich den staatlichen Eingriffen des Staates zu entziehen, und andererseits, im soziokulturellen Raum politisierend zu wirken. Parallelen zu den Entwicklungen und Organisationsformen von autonomen und sozialen Bewegungen drängen sich auf.⁶ Diese Strategie des „freien Nationalismus“ ist wohnort- und regionalorientiert und ermöglicht so eine örtliche Identifikation. (Schon der Name macht den lokalen Bezug deutlich: Kameradschaft Gera, Nationaler Widerstand Jena etc.) Die aktiven Gruppen greifen kommunalpolitische Entwicklungen auf, kämpfen beispielsweise für nationale Jugendzentren und bauen regionale Zentren für die Bewegung auf.

Der Wohnort und der lokale Raum spielen in einem weiteren Konzept der organisierten Rechtsextremen, das seit Beginn der 1990er Jahre von der NPD aufgegriffen wurde, eine zentrale Rolle. Der „Kampf um Parlamente“ ist in den Hintergrund getreten und der „Kampf um Räume und Köpfe“ spielt bei den strategischen Überlegungen der NPD eine bedeutende Rolle. Mit dem Begriff „national befreite Zonen“ wurde eine „Modernisierung“ der Strategien des organisierten Rechtsextremismus eingeleitet, die auf ein Strategiepapier zurückgeht, das zuerst in der Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ veröffentlicht wurde. Ziel des Strategiepapiers ist es, überschaubare Freiräume in den Städten (z.B. Straßen, Plätze etc) zu schaffen. Migrant/innen, demokratisch eingestellte Bürger/innen und „undeutsche“ Jugendkulturen sollen von bestimmten öffentlichen Räumen verdrängt werden, die Rechtsextremen wollen hier dominieren und „sanktionsfähig“ sein. Straße und Wohngebiet sind die Orte, um einerseits Macht und andererseits die Nähe zum „Volk“ auszudrücken. Im Strategiepapier werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Sympathie der lokalen Bevölkerung erreicht werden kann, beispielsweise durch Nachbarschaftshilfe, Sicherheitsangebote im Quartier etc. Auch wenn keine gänzlich befreiten Zonen entstanden sind, produziert dieses Drohpotenzial doch temporär Räume der Angst im Stadtgebiet, die von den oben genannten gefährdeten Gruppen gemieden werden.⁷ Längst ist die Phase der Gründung einer völkisch-nationalen Bewegung in Ostdeutschland abgeschlossen und wir erleben, wie sich die Bewegung in den Regionen durch den Aufbau von soziokulturellen Zentren, durch die Etablierung eines rechtsextremen Mittelstandes und durch spezifische Angebote in Nachbarschaftsstrukturen konsolidieren konnte.

⁶ Mathias Brodkorb, *Metamorphosen von Rechts*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung / Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hg.), *Gibt es einen modernen Rechtsextremismus?*, Rostock 2002, S. 16.

⁷ Ebd., S. 25.

Rechtsextremer Jugendlifestyle – Setzen auf Dominanz im öffentlichen Raum

Parallel zur Modernisierung der Strategien des organisierten Rechtsextremismus hat sich ein rechtsextrem orientierter, subkulturell geprägter Jugendlifestyle herausgebildet, der deutlich im öffentlichen Raum der Städte und Gemeinden auftritt und hier meist gewaltförmige Aneignungspraxen entwickelt hat. Mit Jugendlifestyle sind jugendliche Zusammenhänge gemeint, die Elemente von rechtsextremen Einstellungsmustern teilen und diese durch spezifische Dresscodes, Symbol- und Musikknutzung ausdrücken. Musik ist hier der integrale und verbindende Bestandteil der Szene. „Rechts-Rock“ ist zwar geprägt durch die Entwicklungen der Skinhead-Subkultur, allerdings handelt es sich nicht um einen einheitlichen musikalischen Stil; vielmehr werden unter dem Begriff „Rechts-Rock“ verschiedene Musikstile verstanden.⁸ In Deutschland ist in den letzten Jahren die weltweit größte rechtsextreme Musikszene mit einer entsprechend großen Zahl an Bands, Labels und Szeneläden entstanden. Diese Entwicklung einer rechtsextremen Jugendsubkultur nahm ihren Ausgang bereits Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in der DDR, als sich verschiedene Jugendkulturen herausbildeten, von denen sich ein Teil schnell radikalisierte und ein anfänglich oft diffuses rechtsextremes Weltbild annahm. Die ersten Treffs entstanden in den Großstädten Ost-Berlin und Leipzig. Konzerte wurden organisiert und es kam zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Jugendkulturen. Rechtsextreme Orientierungen waren in der DDR vor allem bei Fußballfans und Skinheads bekannt, wo sich langsam eine autoritär-völkische und gewalttätige Jugendszene verfestigte.⁹ Gegen Ende der achtziger Jahre stellten die Behörden eine Zunahme von rechtsextremen Gewalttaten fest. Gerichtsverfahren und Inhaftierungen häuften sich. Ein Meilenstein war der gewalttätige Angriff rechter Skins auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche in Berlin kurz vor der Wende. Nach dem Fall der Mauer kamen viele der inhaftierten Rechtsextremisten aufgrund einer Amnestie frei und konnten ihre im Gefängnis erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen für den Aufbau rechtsradikaler Strukturen nutzen.

Die Wiedervereinigung war durch ein Erstarren der rechtsextremen Szene und die Verfestigung einer rechtsextremen jugendkulturellen Szene gekennzeichnet, die sich nun auch in Kleinstädten und im ländlichen Raum etablierte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von neuen Organisationsformen begann die Szene, „linke, alternative“ Ausdrucksformen zu übernehmen: Es entstanden Zentren, Wohngemeinschaften, und ein Haus in der Pfarrstraße in Berlin-Lichtenberg wurde von rechtsextremen Jugendlichen besetzt und entwickelte sich eine Zeitlang zu einer rechtsextremen Zentrale. Die Jagd auf Flüchtlinge war zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Lebensgefühls, das mit den gewalttätigen Ausbrüchen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda einen ersten traurigen Höhepunkt erlangte.

⁸ Christian Dornbusch/Jan Raabe, 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead zur Alltagskultur; in: dies. (Hg.), RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2003, S. 19.

⁹ Bernd Wagner, Kulturelle Subversion von rechts in Ost und Westdeutschland, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 15.

Zunächst war es vor allem die rechtsradikale Skinheadszene, die durch die Herausstellung ihrer Militanz Bahnhoisplätze, Tankstellen oder andere öffentliche Plätze in temporäre Angsträume verwandelte, d.h. in Räume, die zu bestimmten Zeiten von rechtsextrem orientierten Jugendlichen dominiert werden. Hier werden potenzielle Feinde und Migrant/innen angepöbelt oder angegriffen. Gleichzeitig gelang es rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in vielen Städten, Jugendzentren zu dominieren. Bernd Wagner spricht von der „Ausprägung einer Kontrastgesellschaft, die der demokratischen Bindung nicht bedarf“¹⁰.

Nachbarschaft und lokale Zivilgesellschaft

Organisierter Rechtsextremismus und rechtsextremer Jugendlifestyle sind deutliche Manifestationen von rechtsextremen Haltungen, die demonstrativ im öffentlichen Raum in Erscheinung treten. Sie finden in einem spezifischen Klima der jeweiligen Nachbarschaft und Stadtgesellschaft statt, und deshalb ist es wichtig zu fragen, wie Nachbarschaften und die lokalen Zivilgesellschaften auf diese rechtsextremen Handlungen reagieren. Rechtsextreme Strukturen und Handlungen können durch das Klima in der Nachbarschaft oder der Stadt behindert oder befördert werden. Dabei besteht das Klima aus der Summe von Verhaltensweisen und Einstellungen der Bewohner/innen einer Nachbarschaft bzw. einer Stadt. In der Nachbarschaft begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier finden alltäglich Kommunikation und Austausch statt und hier werden gesellschaftliche Konflikte um knappe Ressourcen ausgetragen und oftmals ethnisiert. Hier treten alltägliche Formen von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung auf, die eine gleichberechtigte Teilnahme von Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft, ihrer religiösen Orientierung oder ihres Aufenthaltsstatus am gesellschaftlichen Leben in ihrem Wohngebiet und in ihrer Stadt beschränken.

Diese Verhaltensweisen stehen in einem engen Zusammenhang mit der Einstellung und den kulturellen Deutungsmustern der Bewohner/innen. Ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsextremismus sind Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.¹¹ Diese Elemente sind wesentlich verbreiteter als rechtsextreme Einstellungen und prägen die kulturellen Deutungsmuster eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Rassismus stellt ein Dominanzverhältnis dar, das alle Ebenen des sozialen Lebens und gesellschaftlicher Strukturen durchdringt; dabei werden aufgrund äußerlicher Merkmale Menschen differenziert, abgewertet und sozial ausgegrenzt. Im Alltag treten unterschiedliche Formen von Rassismus im Kontext von Alltag und Nachbarschaft zutage: Offenen Rassismus erleben Migrant/innen beispielsweise, wenn ihnen die Anmietung einer Wohnung oder der Zutritt zu einer Diskothek verweigert wird. Auch Beschimpfungen und Anpöbeln von Migrant/innen oder Afrodeutschen müssen hierzu gezählt werden. Struktureller Rassismus ist eine Form der institutionellen Ausgrenzung von der Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen, beispielsweise Bildung,

¹⁰ Bernd Wagner, Einleitung: Demokratie und ihre Gefährdung, in: Zentrum für Demokratische Kultur (Hg.), *Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit* (Schriftenreihe des Zentrums für Demokratische Kultur, H. 3), Berlin 1998, S. 3.

¹¹ Stöss, a.a.O., S. 25 f.

Lohnarbeit, demokratischen Rechten. Im lokalen Raum wird diese Form besonders deutlich in der Behandlung von Asylbewerber/innen, denen der Zugang zu wesentlichen Ressourcen per Gesetz verweigert wird. Eine dritte Form ist der Alltagsrassismus, z.B. durch die alltägliche diskriminierende Kommunikation unter Nachbar/innen, Kolleg/innen etc.

Nachbarschaft und öffentlicher Raum in den Städten sind also ein wesentlicher Bestandteil des Klimas, in dem organisierter und subkultureller Rechtsextremismus agiert und sich verfestigen kann. Andererseits liegt hier auch ein Schlüssel zur Entwicklung von nachhaltigen Gegenstrategien. Städte und Gemeinden in Ostdeutschland haben ganz unterschiedliche Ansätze entwickelt, auf die beschriebenen Entwicklungen zu reagieren. Es sind vier Typen von Reaktionsweisen lokaler Akteure erkennbar, die sich auch zeitlich zuordnen lassen.

1. Verdrängen: Dieser erste Typ war vor allem bis 2000 in vielen Gemeinden verbreitet. Die Etablierung einer rechten Jugendkultur und von „Räumen der Angst“ in den Gemeinden wurde übersehen oder unterschätzt. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse beschrieb diese Haltung in der Kommunalpolitik treffend als eine Mischung „von Blindheit, Nicht-wahrhaben-Wollen, Beschönigen und Hilflosigkeit gegenüber der Erscheinungen des Rechtsextremismus“¹². Kommunalpolitiker/innen versuchten, diese Entwicklung auf ein Problem rivalisierender Jugendbanden zu reduzieren, und sorgten sich um das Image der Stadt, wenn Rechtsextremismus von Opfern und Akteuren thematisiert wurde.

2. Indirekte Kollaboration: Ein zweiter Typ von Umgangsweisen mit rechtsextremen Handlungen und Erscheinungen hatte eine indirekte Förderung zur Folge. So kam es mitunter durch eine falsch verstandene „akzeptierende Jugendarbeit“ dazu, dass rechtsextreme Bands und organisierte Rechtsradikale öffentliche Jugendeinrichtungen nutzen konnten oder dass Gemeinden zunächst nicht-rechtsorientierte Jugendkulturen behindert haben. Rechtsextreme Entwicklungen sollten aus der öffentlichen Wahrnehmung herausgehalten werden und das Image der Stadt nicht beschädigen.¹³

3. Aktionismus: Der dritte Typ von Handlungsweisen reagiert explizit durch eine Vielzahl von meist pädagogisch orientierten Projekten und Aktionen für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Die meisten Projekte und Aktionen sind auf Jugendliche ausgerichtet. Nur in wenigen Fällen wird das gesamte Gemeinwesen in den Blick genommen. Viele der Maßnahmen haben nur einen kurzfristigen Mobilisierungseffekt, vielfach fehlt die Orientierung auf eine nachhaltige Wirkung. Auch die Vernetzung der beteiligten Akteure wird oft vernachlässigt.¹⁴

4. Zivilgesellschaft mobilisieren: Als ein vierter Typ der Reaktion können Versuche von Städten und Gemeinden bezeichnet werden, ihre lokale Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz zu mobilisieren. Ein direkter Bezug zum lokalen Raum und das Bestreben, alle Akteure für ein ge-

¹² *Die Zeit* vom 27.6. 2000.

¹³ Bernd Wagner (2002), a.a.O., S. 20.

¹⁴ Roland Roth/Heinz Lynen von Berg/Anke Benack, Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung, in: Heinz Lynen von Berg/Roland Roth (Hg.), Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten, Opladen 2003, S. 17.

meinsames Ziel zu gewinnen, kennzeichnen diesen Ansatz. Es gibt typischerweise einen kommunalen Zusammenschluss von Akteuren in Form eines Bündnisses, Forums oder Beirats, oft wird die Leitung durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister übernommen. Eingebettet sind die Maßnahmen in ein gemeinsames Handlungskonzept, das neben pädagogischen auch symbolische Aktionen für die Stadtöffentlichkeit und Unterstützungsangebote für die Opfer von rechtsextremen Übergriffen beinhaltet. Durch eine enge Vernetzung der Akteure kann auf Aktivitäten von Rechtsextremen (Aufmärsche, Übergriffe etc.) relativ schnell reagiert werden.

Seit 2000 gibt es in einigen Städten in Ost- wie Westdeutschland so genannte lokale Aktionspläne, die auf einer Situations- und Ressourcenanalyse und gemeinsam festgelegten Leitzielen basieren und die darauf abzielen, Handlungskonzepte gemeinsam mit der städtischen Zivilgesellschaft und professionellen Akteuren (Jugendhilfe, Schule, Polizei etc.) umzusetzen. Die Erfahrungen zeigen, dass es möglich ist, die städtische Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren und ein demokratisches Klima im städtischen Raum zu fördern.¹⁵ Die lokalen Akteure stellen hier unter Beweis, dass sie Rechtsextremismus in jeglicher Ausprägung als einen Angriff auf die demokratische Stadtkultur verstehen und deshalb dazu entschlossen sind, diesen mit einer breiten Palette an Maßnahmen zu bekämpfen.

Literatur

Brodkorb, Mathias: Metamorphosen von Rechts, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus?, Rostock 2002, S. 2-65

Butterwegge, Christoph: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt?, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt – Analysen und Argumente, Opladen 2000, S. 13-36

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich (Hg.): Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin/Potsdam 2001

Dornbusch, Christian/Jan Raabe: 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead zur Alltagskultur, in: Christian Dornbusch/Jan Raabe (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2003, S. 19-50

Roth, Roland/Heinz Lynen von Berg/Anke Benack: Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung, in: Heinz Lynen von Berg/Roland Roth (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten, Opladen 2003, S. 9-26

Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin 2000

¹⁵ Vgl. z.B. Camino (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin/Potsdam 2001.

Strobl, Rainer/Stefanie Würtz/Jana Klamm: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Weinheim u. München 2003

Wagner, Bernd: Einleitung: Demokratie und ihre Gefährdung, in: Zentrum für Demokratische Kultur (Hg.): Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit (Schriftenreihe des Zentrums für Demokratische Kultur, Heft 3), Berlin 1998, S. 3-5

Wagner, Bernd: Kulturelle Subversion von rechts in Ost und Westdeutschland, in: Thomas Grunke/Bernd Wagner (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen 2002, S. 13-28

Zentrum Demokratische Kultur (Hg.): Lokaler Aktionsplan Lichtenberg – für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Berlin 2003

Auf den Weg gebracht: Erfahrungen aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie Potsdam

Esther Lehnert und Ingo Siebert

Dieser Bericht beschäftigt sich mit den Erfahrungen einer zweijährigen Begleitung bei der Umsetzung eines lokalen integrierten Handlungskonzeptes für Toleranz und Demokratie: dem „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam“. Oft fehlt ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen, wenn sich eine Kommune mit Rechtsextremismus auseinandersetzt. Hier erwies sich die aktivierende Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes als sinnvoller Weg, um die vorhandenen Ressourcen effektiver zu bündeln und weitere zu mobilisieren. Dieses Vorgehen hat sich bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie in Potsdam bewährt. Dieser Aktionsplan wurde in einem partizipativen Prozess erarbeitet, in den relevante Akteure aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern von Beginn an eingebunden waren.

Der Lokale Aktionsplan Potsdam entstand auf Initiative der Stadt Potsdam und wurde im Herbst 2002 durch Camino erstellt, finanziert durch das Bundesprogramm „Entwicklung & Chancen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Die Ausarbeitung des Aktionsplans erfolgte in vier Schritten: In einem ersten Schritt wurde eine Situationsanalyse des organisierten Rechtsextremismus, der rechtsextremen Subkultur und des Alltagsrassismus erstellt. Im zweiten Schritt wurden in einer Ressourcenanalyse bestehende Strukturen, Handlungsansätze und laufende Maßnahmen erfasst, die die Basis für die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes bildeten. Mit allen Beteiligten wurden dann im dritten Schritt strategische Ziele erarbeitet. Im abschließenden vierten Schritt wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, der von den Akteuren vor Ort getragen wird. Ein Schwerpunkt dieses Maßnahmenkatalogs liegt in der Stärkung von nicht rechts orientierten Jugendlichen und im Ausbau von demokratischen Aushandlungsformen in der Nachbarschaft und in verschiedenen Institutionen.

Neben der Einbeziehung der Akteure in den gesamten Prozess der Ausarbeitung war auch die Anbindung des Aktionsplans an lokale politische Entscheidungsgremien wichtig für seine nachhaltige Implementierung. Dies bedeutete zum einen intensive Diskussionen in den unterschiedlichen Ausschüssen der Stadt, zum anderen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung des Aktionsplans. Dabei war es von besonderer Wichtigkeit, dass die politische Leitung der Kommune sich für eine offensive Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus aussprach.

In der Folge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde Camino von der Stadt Potsdam beauftragt, die Umsetzung des Aktionsplans zu begleiten. Aus Mitteln des Bundesprogramms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ wurde eine Servicestelle eingerichtet, die die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure, die kommunale Politik und interessier-

te Bürger/innen unterstützt, indem sie Informationen weiterleitet, Kooperationspartner/innen für Maßnahmen und Aktionen vermittelt und die vorhandenen Ressourcen erweitert. Ziel war es, ein tragfähiges Netzwerk von Akteuren in der Stadt zu schaffen, das die Arbeit für Demokratie und Toleranz nach der Projektzeit selbständig weiterführt. Ein Beirat mit Vertreter/innen der verschiedenen Akteurs- und Interessengruppen dient der fachpolitischen Koordination in der Stadt; mit der Homepage www.aktionsplan-potsdam.de und einem Newsletter besteht ein modernes Informationssystem. Durch regelmäßige Werkstattgespräche und -konferenzen werden zentrale Inhalte des Plans weiterentwickelt und neue Akteure gewonnen.

Im Folgenden wollen wir die Arbeit selbst sowie wichtige Erfahrungen aus dieser Arbeit dokumentieren. Zunächst möchten wir die allgemeine Arbeit der Servicestelle vorstellen, dann werden wir anhand von Beispielen auf zwei Arbeitsschwerpunkte näher eingehen. In unserem Fazit werden wir sechs abschließende Thesen formulieren.

Der Beirat als Steuerungsgremium

Der Beirat, der sich am 2. Juli 2002 auf Einladung des Oberbürgermeisters Jann Jakobs konstituierte, hat eine zentrale Funktion zur Steuerung des Lokalen Aktionsplans. Die Idee dabei war es, möglichst alle wichtigen Gruppen der Potsdamer Zivilgesellschaft sowie die Akteure, die bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans eine wichtige Rolle gespielt hatten und sich engagiert eingebracht hatten, in einem Gremium zu vereinigen.

Der Beirat sollte die Arbeit der Servicestelle kritisch begleiten und inhaltliche Schwerpunkte setzen, indem er Diskussionsverläufe, Ergebnisse, Fragen und mögliche Umsetzungsschwierigkeiten in die jeweiligen Arbeitsbereiche zurückträgt und mit den lokalen Akteuren abstimmt. Auf diese Weise wurde ein kontinuierlicher Austausch über Fragen und Inhalte, die sich aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans ergeben, verwirklicht.

Die Erstellung des Aktionsplans war mit partizipativen, prozessorientierten und ergebnisoffenen Methoden realisiert worden. Prozessorientierung und Ergebnisoffenheit führten dazu, dass sowohl die Servicestelle als auch der Beirat in der Lage waren, aktuell und zeitnah auf mögliche Veränderungen zu reagieren und auf der Basis einer erneuten Analyse bereits benannte Prioritäten zu verschieben.

Dem Beirat gehörten neben Mitgliedern der Fraktionen im Stadtparlament auch Vertreter/innen der verschiedenen Akteursgruppen an, die an der Erstellung des Aktionsplans im Herbst 2001 beteiligt waren. Vertreten waren der Fachbereich Jugend, Soziales und Wohnen der Stadtverwaltung, die Geschäftsstelle der Sicherheitskonferenz, das Beratungssystem Schule vom „Toleranten Brandenburg“, die Koordination der Regionalarbeitskreise Jugend(sozial)arbeit, der Stadtsportbund Potsdam, das Polizeipräsidium, der Ausländerbeirat, die Flüchtlingsberatungsstelle, das Mobile Beratungsteam, der Verein Lösungsweg e.V., der DGB, die IHK sowie Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zentrale Themen waren neben der Behandlung aktueller Sachverhalte und der Vorstellung spezifischer Maßnahmen zur Umsetzung zwei Fragestellungen:

- Wie kann die Stadt Potsdam mit den Versuchen der rechtsextremen Szene umgehen, durch Aufmärsche und Unterwanderungen der rechten Jugendsubkultur sowie durch gewalttätige Übergriffe ihren Einfluss in der Stadt zu erweitern?
- Wie kann die Stadt Potsdam offensiv und öffentlichkeitswirksam für eine demokratische und tolerante Atmosphäre eintreten?

Die Geschäftsführung des Beirates lag bei der Servicestelle. Der Beirat erwies sich als ein arbeitsfähiges Gremium, das wichtige Impulse für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans gegeben und in den zwei Jahren belastbare Arbeitsbeziehungen hervorgebracht hat. Nach Beendigung des Projektes Servicestelle wird der Beirat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters bestehen bleiben und dessen Geschäftsführung durch die Sicherheitskonferenz der Stadt übernommen.

Vernetzung und Aktionsfonds

Kooperations- und Netzwerkarbeit standen bereits in der Konzeptentwicklung für die Servicestelle im Mittelpunkt. Ausgehend von der Grundannahme, dass nicht sofort alle wichtigen Akteursgruppen der Potsdamer Zivilgesellschaft mit einbezogen werden können und der Vermutung, dass bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans wichtige Akteursgruppen noch nicht beteiligt waren, wurde der Netzwerkarbeit eine besondere Bedeutung eingeräumt. Die Akteursgruppen, die bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans eingebunden worden waren, bildeten eine wichtige Basis für die Erweiterung eines tragfähigen und engagierten Netzwerkes: Die Mitarbeiter/innen der Servicestelle konnten ihre Kontakte zu kleinen, unabhängigen Initiativen und Vereinen (NGOs) festigen und erweitern. Hier ist insbesondere auf den Kontakt zu jugendkulturell geprägten Initiativen hinzuweisen, die in den Prozess eingebunden werden konnten.

Im Rahmen eines Aktionsfonds der Servicestelle konnten unbürokratisch kleinere Aktionen und Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Gruppen gefördert werden, die meist nur eine geringe Summe, z.B. für eine Begegnung im Asylbewerberheim, benötigten. Insgesamt 20 unterschiedliche Projekte und Aktionen wurden aus dem Fonds von 6450 Euro unterstützt. Dabei handelte es sich um finanzielle Mittel aus dem Programm „entimon“ und von der Stadt Potsdam. Der Fonds diente dabei nicht nur als Förderinstrument, sondern ermöglichte auch die Beratung von Projekten und verschaffte so der Servicestelle einen guten Überblick über die Aktivitäten in der Stadt.

Es konnten Anträge bis 500,- Euro gestellt werden, die von einer unabhängigen Jury entschieden wurden. Prinzipiell konnten alle Ideen, Aktionen und Maßnahmen für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gefördert werden. Die Antragsteller/innen sollten dabei überparteilich und staatlich unabhängig sein. Ein einfaches Antragsverfahren ermöglichte die Unterstützung unterschiedlichster Gruppen und Projekte: beispielsweise eine Initiative von drei Studentinnen für regelmäßige Kinderfreizeiten im Asylbewerberheim Lerchensteig (Spielmaterial), die Übungsleiterausbildung von Migrant/innen durch eine Sportgemeinschaft,

ein interkulturelles Nachbarschaftsfest der Flüchtlingsberatungsstelle Potsdam, ein antirassistisches Stadionfest in Babelsberg der Initiative „Der Ball ist bunt“, Länderabende mit Flüchtlingen der Potsdamer Initiative für Begegnung, ein etwas anderer Heimatabend einer Künstlerinitiative etc.

Im Mai 2004 wurde der Aktionsfonds auf eigene Beine gestellt und soll von nun an überwiegend durch Spenden finanziert werden. Aktive Bürger/innen gründeten einen Verein mit dem Namen „Aktionsfonds für Toleranz & Demokratie Potsdam“, der die bisherige Arbeit ehrenamtlich und selbstverwaltet weiterführen wird. Ein Benefizkonzert brachte ein erstes Startkapital ein.

Arbeitsschwerpunkt „Rechte Jugendkultur und organisierter Rechtsextremismus“

„Gegen die Unterwanderungs- und Rekrutierungsversuche des organisierten Rechtsextremismus muss ebenso schnell, konsequent und koordiniert vorgegangen werden wie gegen die Dominanz von rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen. Dies kann nur durch einen allgemeinen guten Informationsstand, ständige Reflexion und gemeinsam erarbeitete Handlungskonzepte erreicht werden. Darüber hinaus müssen demokratische Potenziale in den verschiedenen nicht rechtsextrem orientierten Jugendkulturen gestärkt werden.“¹⁶

Der Aktionsplan stellt in seiner Situationsanalyse fest, dass Potsdam keine Hochburg der rechtsextremen Szene ist, aber dennoch auch Strukturen der organisierten Rechten bestehen. Beispielsweise zeigt das Auftreten einer Anti-Antifa von Potsdamer Rechtsextremen, die eine Kollegin der Opferperspektive e.V. im Frühjahr 2004 bedrohte, dass Ansätze solcher Strukturen existieren. Gleichzeitig ist Potsdam interessant für Rechtsextreme aus überregionalen Zusammenhängen, wie die Aufmärsche von NPD und autonomen Kameradschaften seit 2002 gezeigt haben.

In Potsdam tritt wie in den meisten ostdeutschen Städten eine jugendliche rechtsextreme Subkultur in Erscheinung, die sich durch einen rechtsextremen Lifestyle aus Musik, Kleidung, Symbolen und Codes auszeichnet, der allerdings einem ständigen Wandel unterworfen ist. Gemeinsam ist diesen Jugendlichen, dass Militanz und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert werden. Hinzu kommt ihre aggressive Ablehnung von Flüchtlingen, alternativen Jugendlichen und demokratischen Aushandlungsformen. Etwa 20 bis 35 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen können laut Expert/innen zu diesem Lifestyle gezählt werden. Diese Jugendlichen stellen ein wichtiges Rekrutierungspotenzial für den organisierten Rechtsextremismus dar. Die Szene wird meist im Zusammenhang mit Übergriffen auf Migrant/innen öffentlich diskutiert. Allerdings sind auch alternative und andere nicht rechte Jugendliche regelmäßig Opfer von gewalttätigen Übergriffen aus der rechtsextremen Subkultur.

¹⁶ Camino (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin/Potsdam 2001, S.38.

Auffällig ist, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche scheinbar nur noch am Rande in der Jugendarbeit in Erscheinung treten. Jedenfalls wird die Dominanz von Jugendeinrichtungen, noch bis Ende der 1990er Jahre ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung, selten thematisiert. Hier hat in den letzten Jahren eine Verschiebung der Aktivitäten von öffentlichen Einrichtungen in private und selbstorganisierte Räume stattgefunden, wodurch sich die Szene einer öffentlichen Kontrolle entzieht. Die Szene ist aber weiterhin aktionsbereit, was beispielsweise Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche beweisen.

Im Folgenden wollen wir auf zwei Beispiele des Arbeitsschwerpunktes „Rechte Jugendkultur und organisierter Rechtsextremismus“ näher eingehen.

Aufmärsche des organisierten Rechtsextremismus

Insbesondere seit Herbst 2002 ist Potsdam verstärkt zum Schauplatz von Demonstrationen rechtsgerichteter Parteien und Gruppierungen geworden: Am 14. September 2002 demonstrierten etwa 70 Anhänger des NPD-Landesverbandes Berlin-Brandenburg unter dem Motto: „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden – Deutschland uns Deutschen!“. Angemeldet war die Demonstration von Mario Schulz, NPD-Kreisverbandsleiter in der Prignitz. Als „Friedensdemonstration“ getarnt demonstrierte dann die NPD Berlin-Brandenburg noch ein Mal am 23. November 2002 in Potsdam. Kurz vor Weihnachten 2002 folgte dann eine weitere Demonstration, angemeldet von dem Hamburger Rechtsradikalen Worch gegen das Verbot der Naziveranstaltung in Halbe am Volkstrauertag, an dem etwa 40 Rechtsextremisten teilnahmen.

Potsdam ist für organisierte Rechtsextremisten aufgrund der historischen Bedeutung, als Landeshauptstadt und wegen des Rufs, eine „linke Stadt“ zu sein, interessant. Umso wichtiger sind Gegenaktivitäten aus der Stadtöffentlichkeit heraus. Charakteristisch für Potsdam ist, dass es eine schnelle Reaktion der politischen Verantwortlichen bei den Aufmärschen gab und dass die Aktivitäten zwischen den verschiedenen Akteursgruppen unter der Moderation des Oberbürgermeisters abgesprochen wurden. So hat es im Vorfeld der Gegenaktivitäten Gesprächsrunden zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen, den Antifa-Gruppen und Verantwortlichen der Stadtverwaltung gegeben, um auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu kommen.

Die Gegenaktivitäten allerdings ähnelten sich bei den drei Aufmärschen: Einige hundert Bürger/innen folgten den Aufrufen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Stadt und beteiligten sich an Gegenkundgebungen in der Innenstadt. Die Ordnungsbehörden verhängten strenge Auflagen und verlegten die Aufmärsche an den Stadtrand. Aktivist/innen der Antifa-Szene versuchten so nah wie möglich an die Demonstrationen heranzukommen und gerieten mitunter in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Für viele der am Aktionsplan beteiligten Akteure wurde das Problem der Aufmärsche nicht befriedigend gelöst.

Es stellte sich die Frage, wie eine breitere öffentliche Ächtung der Aufmärsche hergestellt werden konnte. Ausgehend von den Erfahrungen der Akteure fand am 25. Juni 2003 in enger Zusammenarbeit mit dem Mobilen Beratungsteam und der Sicherheitskonferenz eine Zukunftswerkstatt „Al-

ternative Strategien gegen rechtsextreme Aufmärsche und Demonstrationen“ mit interessierten und engagierten Potsdamer Akteuren statt. In der Kritikphase der Zukunftswerkstatt wurde festgestellt, dass es vielfach zu einem Gewöhnungseffekt von rechtsextremistischen Demonstrationen gekommen sei. Die Demonstrationen finden vor dem Hintergrund von rechtsextremen und rassistischen Übergriffen und rechtsextrem orientierter Jugendkultur statt. Gegenaktivitäten würden erschwert durch Angst vor Gewalt und Frustration von Akteuren. Die Beteiligung an Gegendemos erschien den meisten Akteuren zu gering. Die staatliche Seite, insbesondere die Polizei, wurde kritisiert, nicht eindeutig genug gegen rechtsextreme Strukturen vorzugehen und Aufmärsche in die Neubaugebiete abzuschieben.

In der Zukunftswerkstatt wurde eine Vielzahl von kreativen Ideen entwickelt. So entstand eine Arbeitsgruppe, die versucht, bei weiteren rechtsextremen Demonstrationen alternative Protestformen zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe hat auch die Aufgabe, durch Vertrauensbildung zwischen den verschiedenen Akteuren einen Konsens über die Protestformen zu erreichen und eine Plattform zu bilden. Unter anderem ist geplant, in Zusammenarbeit mit Schüler/innen und Kunstlehrer/innen eine gebastelte Schafherde in der Stadt auftreten zu lassen. Um die Informationspolitik zu verbessern, gibt es ein Gespräch von Teilnehmer/innen des Workshops mit dem Schutzbereichsleiter von Potsdam. Die Arbeitsgruppe trifft sich wieder, sobald der nächste rechtsextreme Aufmarsch wahrscheinlich wird.

Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche

Von rechtsextremen Übergriffen sind nicht nur Migrant/innen betroffen, auch nicht rechte Jugendliche können Opfer von Gewalttaten werden. So überfielen Nazis in der Silvesternacht 2002 das Jugend- und Kulturprojekt „Chamäleon e.V.“ in der Potsdamer Innenstadt. Etwa 50 Angreifer versammelten sich auf der Kreuzung vor dem Haus. Im Erdgeschoß wurden 48 Fensterscheiben eingeschlagen; es wurde versucht, die Türen aufzubrechen. Ein Brandsatz wurde von den Angreifern durch ein Fenster im ersten Stock des Hauses geschossen. Die Ausschreitungen wurden von Parolen wie „Sieg Heil“ begleitet. Einige Monate später, in der Nacht zum 23. März 2003, griff eine Gruppe von Neonazis nachts einen 17-Jährigen am Bahnhof Rehbrücke an. Das Opfer wurde geschlagen und getreten sowie mit einem Totschläger am Kopf verletzt. Anschließend warfen die Neonazis ihn auf die Gleise. Die Verspätung eines Zuges verhinderte noch Schlimmeres.

Vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche und der zurückhaltenden Reaktion der Polizei hat die Servicestelle in enger Zusammenarbeit mit der Opferperspektive versucht, die Öffentlichkeit und die Stadtverwaltung stärker für diese Opfergruppe zu sensibilisieren. Nach einer ausführlichen Berichterstattung in der Frankfurter Rundschau wurde ein Runder Tisch einberufen, an dem Vertreter/innen von Sicherheitskonferenz, Polizei, Mobilem Beratungsteam, Streetwork, der Fraktionen, der AG Antirassismus, der Uni Potsdam und der rechtlichen Vertretung der jugendlichen Opfer teilnahmen.

Die Opfergruppe „nicht rechte Jugendliche“ ist sehr heterogen zusammengesetzt. Grob können drei unterschiedliche Gruppen benannt werden: politische Jugendliche aus der Antifa- und Haus-

besetzerszene oder ähnlichen Gruppierungen, Punks, die meist nur wenig politische Anliegen vermitteln wollen, und andere „zufällig“ betroffene Jugendliche. Insbesondere die Gruppe der Punks hat in der bürgerlichen Öffentlichkeit häufig Schwierigkeiten, als Opfer wahrgenommen zu werden. Nicht zuletzt aufgrund ihres Outfits wird der Gruppe immer wieder auch eine gewisse Mitschuld an Übergriffen und Überfällen gegeben. Darüber hinaus sei ein Charakteristikum dieser Gruppe, dass ihre Anzeigebereitschaft gegenüber der Polizei sehr gering ist.

Um die Anliegen der genannten Opfergruppen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu holen und sie zu unterstützen, wurden gemeinsame Ziele für die weitere Zusammenarbeit vereinbart: Hierzu zählen die Stärkung der Anzeigebereitschaft der Jugendlichen durch entsprechende Beratung, die Unterstützung von Selbsthilfe der Jugendlichen und die Einbindung der Potsdamer Opferberatung.

Arbeitsschwerpunkt „Alltagsrassismus“

„Es gilt, die Öffentlichkeit für das Ausmaß und die Folgen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu sensibilisieren sowie ein Klima von Offenheit für die jeweilige Vielfalt der Sicht- und Lebensweisen zu schaffen (...).“¹⁷

Bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans waren Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus als besonders wichtig hervorgehoben worden. Im Laufe ihrer Tätigkeiten wurde den Mitarbeiter/innen der Servicestelle darüber hinaus aus den Erfahrungen in ihrer Arbeit mit ganz unterschiedlichen Akteursgruppen deutlich, dass dem Bereich „Alltagsrassismus“ als ein scheinbar wenig medienwirksames Thema stärkere Beachtung geschenkt werden muss.

Die Auseinandersetzung mit alltäglichem Rassismus hat dabei eine mögliche Sprengkraft, weil Alltagsrassismus nicht auf Rechtsextremist/innen beschränkt ist: Stereotypen und Vorurteile kommen in alltäglichen Lebenssituationen zwischen Nachbar/innen, Bekannten, Jugendlichen oder Arbeitskolleg/innen an die Oberfläche, Diskriminierungen werden von übergeordneten Positionen beispielsweise auf Ämtern, durch Vorgesetzte oder Lehrpersonen ausgeübt. Oftmals denken und handeln wir alltagsrassistisch, ohne es zu merken. Teilweise sind wir sogar dann rassistisch, wenn wir uns besondere Mühe geben, es nicht zu sein („positive“ Vorurteile z.B. über die angebliche Musikalität von bestimmten Gruppen – „die haben das im Blut“). Gleichzeitig wird das Leben von Migrant/innen als „anders“ wahrgenommen und durch alltägliche Formen des Rassismus geprägt und erschwert. Es sind zumeist „Kleinigkeiten“, Sprüche oder Witze, die den jeweiligen Gruppen oder Individuen immer wieder vor Augen führen: Es gibt uns und die Anderen, du gehörst zu den Anderen und nicht zu uns. Dies war ein wichtiger Grund, das Thema zu einem Schwerpunkt zu machen.

Als Mitarbeiter/innen der Servicestelle haben wir uns mit dem Bereich Alltagsrassismus auf unterschiedlichen Ebenen auseinander gesetzt und eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen zum

¹⁷ Camino (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin/Potsdam 2001, S.40.

Thema durchgeführt. Im Weiteren werden wir exemplarische Bereiche und Projekte vorstellen, die zum Ziel hatten, die Menschen in Potsdam für das Thema und die Auswirkungen von Alltagsrassismus zu sensibilisieren und mögliche Gegenstrategien zu erarbeiten. Auch für diesen Bereich wollen wir Beispiele aus unserer Arbeit vorstellen.

Sport und Alltagsrassismus

Für viele Akteure des Aktionsplans stellt der Sport mit seinem integrativen Potenzial eine wichtige Ressource dar; gleichzeitig ist Sport ein wichtiger Bestandteil des Alltagslebens. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gefragt, wie der Bereich Sport bei der Integration von zugewanderten Menschen als demokratische und antirassistische Ressource genutzt werden kann. Sport ist bei vielen Kindern und auch bei Jugendlichen beiderlei Geschlechts beliebt, unabhängig vom kulturellen oder sozialen Hintergrund. Sport ermöglicht wichtige Bewegungserfahrungen und Körpergefühle. Er bietet die Möglichkeit von Partizipation und Anerkennung und kann ein wichtiger Faktor für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger und erwachsener Zugewanderter sein.

Erkenntnisse der Sportpädagogik und Erfahrungen sozialpädagogischer Projekte mit sportbezogenen Angeboten zeigen auf, dass sowohl die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch von gewaltbereiten Jugendlichen möglich sein kann - auch dann, wenn bereits andere Methoden keine integrativen Wirkungen gezeigt haben. Vielfach werden aber von der Werbung, einigen politischen Verantwortlichen und Sportfunktionären überzogene und unreflektierte Ansprüche formuliert, die kontraproduktive Wirkungen auslösen: Alltagsrassistische Stereotypen und Praxen werden nicht einfach aufgehoben, wenn männlichen jugendlichen Zugewanderten nur ein Ball zum Kicken zur Verfügung gestellt wird oder deutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gegen einander Fußball spielen. Sportbezogene Angebote brauchen immer auch einen kontinuierlichen sozialpädagogischen Kontext in Form von Vor- und Nachbereitung, wenn sie denn nachhaltig wirken sollen. Die alltagsrassistisch geprägte Welt vieler Flüchtlinge ändert sich durch Turniere und Sportfeste nicht. Sie bieten aber die Möglichkeit der Partizipation und können in einem entsprechenden Kontext zum Abbau von Alltagsrassismus beitragen. Deshalb unterstützte die Servicestelle das antirassistische Stadionfest in Babelsberg und das Fußballturnier um den Pokal des Ausländerbeauftragten von Potsdam Mittelmark. Um spezifische Ressourcen zu erschließen wurde am 3. Dezember 2002 ein Werkstattgespräch „Sport gegen Rassismus“ mit einem breiten Spektrum von Verantwortlichen aus Verwaltung, Sportvereinen und Projekten durchgeführt. Die Unterstützung einer Übungsleiterausbildung für Migrant/innen war ein unmittelbares Ergebnis dieses Werkstattgesprächs.

Alle Teilnehmer konnten die Ausbildung erfolgreich mit einem Übungsleiterschein abschließen. Zwei Erfahrungen ergeben sich aus der Ausbildung: Erstens bestehen starke Schwierigkeiten, die Übungsleiter jetzt auch innerhalb der Vereinsarbeit zu binden. Stadtsportbund, Stadtsportjugend und Vereine sind sich über diese Schwierigkeiten bewusst. Zweitens haben nur junge Männer an der Ausbildung teilgenommen. Allen erwähnten Maßnahmen ist anzumerken, dass Mädchen nicht

angesprochen und kaum erreicht werden konnten. Die Einbeziehung von jungen Frauen und Mädchen in Sportangebote stellt aber eine wichtige Aufgabe und große Herausforderung dar.

Nachbarschaft und Alltagsrassismus

Das Klima innerhalb der Nachbarschaft prägt den Alltag der meisten Menschen in erheblicher Weise. In welchem Ausmaß das nachbarschaftliche Klima Auswirkungen auf den Alltag seiner Bewohner/innen hat, hängt dabei von Alter, Geschlecht, der Funktion innerhalb einer Familie, der optischen Zugehörigkeit zu einer jugendsubkulturellen Gruppe, der Hautfarbe sowie der unterstellten sozialen und ethnischen Herkunft in starkem Maße ab.

Von Alltagsrassismus betroffene Menschen sind diesem auch in ihrer jeweiligen Nachbarschaft ausgesetzt. Flüchtlinge und andere sozial schwächere Gruppen sind in der Regel weniger mobil als andere gesellschaftliche Gruppen und von daher besonders angewiesen auf ein gutes nachbarschaftliches Klima.

Bereits auf der Werkstattkonferenz „Toleranz und Courage im öffentlichen Raum“ kurz nach der Eröffnung der Servicestelle im Herbst 2002 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Verantwortung in der Nachbarschaft“ angeboten. Aus dieser AG heraus entstand ein kontinuierlicher Arbeitszusammenhang, der es sich zum Ziel machte, Aktionen zu entwickeln und Projekte zu unterstützen, die das nachbarschaftliche Miteinander in den Stadtteilen positiv verändern und den Alltag von Flüchtlingen und anderen gesellschaftlichen Gruppen verbessern.

Mit dem Werkstattgespräch „Pluralismus und Toleranz in der Nachbarschaft“ am 13. Oktober 2003 konnte in enger Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten der Stadt Potsdam und mit der Wohnungswirtschaft eine neue wichtige Multiplikatorengruppe für den Lokalen Aktionsplan gewonnen werden. Um eine kontinuierliche und nachhaltige Arbeit zu ermöglichen war es wichtig, bereits begonnene Überlegungen für Aktionen, Konzepte und Veranstaltungen aufzugreifen und exemplarisch für einen Stadtteil weiterzuentwickeln. Das Werkstattgespräch diente folglich unter anderem der Verabredung erster konkreter Schritte zur Verbesserung des nachbarschaftlichen Miteinanders in einem Stadtteil mit einem relativ hohen Anteil von Migrant/innen.

Im Rahmen des Werkstattgespräches wurde darüber hinaus herausgearbeitet, dass das Thema der „Ethnisierung“ von nachbarschaftlichen Konflikten sowie die Bekämpfung von „Angsträumen“ in den jeweiligen Wohngebieten zentrale inhaltliche Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Arbeitsgruppe darstellen. Die Weiterführung dieses Arbeitszusammenhanges wurde an die Ausländerbeauftragte der Stadt übergeben und zum Ende des Projektes ein entsprechendes Beratungs- und Qualifizierungsprogramm für Demokratie und Toleranz in der Nachbarschaft entwickelt.

Plakatwettbewerb „Alltagsrassismus“

Bereits bei der konstituierenden Beiratssitzung war das Anliegen formuliert worden, dass die Servicestelle neben ihren wichtigen Vernetzungs-, Informations- und Beratungstätigkeiten auch öffentlichkeitswirksame Aktionen für ein tolerantes und pluralistisches Potsdam anregen sollte.

Neben dem wichtigen Bezug zum Thema Öffentlichkeit und Medienwirksamkeit wurde mit diesem Anliegen das Bedürfnis des Beirates nach Aktionen, die politisch wichtig sind und gleichzeitig Spaß machen sollen, ersichtlich. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Servicestellenmitarbeiter/innen ein Konzept für eine Plakataktion zum Thema „Alltagsrassismus“. Die Plakatkampagne sollte nach Impulsen aus dem Beirat in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Design der FH Potsdam und unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters umgesetzt werden. Die Kampagne sollte darauf abzielen, die Betrachter/innen direkt anzusprechen und eine öffentliche Auseinandersetzung zu fördern.

Nach Abstimmung mit dem Beirat wandten sich die Mitarbeiter/innen an den Fachbereich Design der FH Potsdam. Prof. Lex Drewinski konnte für die Zusammenarbeit gewonnen werden und bot das Thema Alltagsrassismus seinen Studierenden als Plakatwettbewerb an. Die Student/innen setzten sich ein Semester mit dem Thema auseinander und reichten über 70 Plakatenwürfe als Wettbewerbsbeiträge ein. Eine Jury mit Vertreter/innen des Jugendamtes, des Ausländerbeirats, des DGB Mark Brandenburg, des Offenen Kunstvereins und des Jugendkulturprojekts Chamäleon wählte aus den Beiträgen drei Siegerplakate aus. Neben gestaffelten Preisgeldern wurden die Siegerplakate in einer hohen Auflage gedruckt und parallel zur Ausstellung in der Stadt plakatiert.

Der Plakatwettbewerb und die zweiwöchige Ausstellung der Entwürfe in der Galerie „Schaufenster“ der Fachhochschule Potsdam fanden in der Stadt ein starkes öffentliches Echo. Zum Abschluss der Arbeit der Servicestelle konnte deutlich gemacht werden, wie unterschiedlich die Zugänge zum Thema Alltagsrassismus sind und dass eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in der lokalen Öffentlichkeit durch solch eine Form der Inszenierung möglich ist.

Fazit

Die folgenden Thesen sollen unsere Erfahrungen aus der zweijährigen Begleitung der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans Potsdam zusammenfassen:

1. Ein lokaler Aktionsplan sollte Einschätzungen, Ideen und Vorschläge aller politischen und ehrenamtlichen Akteure vor Ort ebenso wie von interessierten Bürger/innen, Flüchtlingen und Initiativen einbeziehen. Deshalb muss ein lokaler Aktionsplan flexibel gestaltet werden, sollte sich weder auf punktuelle Einzelaktivitäten beschränken noch das Thema Rechtsextremismus und Rassismus als lokales Problem der Stadtgesellschaft oder als alleiniges Jugendphänomen wahrnehmen.
2. Die kommunale Politik muss den Prozess unterstützen, indem sie sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt und den politischen Willen der Stadtpolitik deutlich macht, sich offen mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinander zu setzen. Dabei ist es hilfreich, wenn der Oberbürgermeister nach außen hin die Funktion der Schirmherrschaft übernimmt. Es muss deutlich werden, dass sich die politisch Verantwortlichen kontinuierlich mit den Themen auseinander setzen, denn so kann unter anderem verhindert werden, dass die Beschäftigung mit Rassismus und Rechtsextremismus als „Nestbeschmutzung“ wahrgenommen wird.

3. Eine Servicestelle, die die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans fachlich begleitet und steuern kann, ist eine wichtige Moderations- und Klärungsinstitution. Die Servicestelle fungierte als Vermittlungsinstanz zwischen den drei Bereichen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die jeweils ihre spezifischen Interessen und verschiedenen Organisationsprinzipien und -kulturen haben, welche leicht Missverständnisse und Kommunikationsprobleme auslösen können. Die Aktivität und Partizipation aller drei Bereiche ist ausschlaggebend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit des Lokalen Aktionsplans. Eine Zusammenarbeit und belastbare Arbeitsbeziehungen können hier auf der Grundlage eines „kleinsten gemeinsamen Nenners“ entwickelt werden, wenn eine vertrauensvolle Basis geschaffen wurde.

4. Vielfach sind es vor allem in den Institutionen Schule und Verwaltung „Einzelkämpfer/innen“, die lokale Maßnahmen für Demokratie und Toleranz unterstützen und umsetzen. Diese Akteure sind aber eine wichtige Ressource, wenn langfristige Veränderungen erreicht werden sollen. Deshalb brauchen sie eine starke Unterstützung durch lokale integrierte Handlungskonzepte und durch die politischen Verantwortlichen. So kann beispielsweise eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung beschleunigt werden, wenn Mitarbeiter/innen erkennen, dass dies weniger zu einer zusätzlichen Belastung als viel mehr zu einer Entlastung und Bereicherung ihrer Arbeit führen kann.

5. Ein offensiver Umgang mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus stärkt die Zivilgesellschaft und strahlt nach außen aus. Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist nur dann glaubhaft und authentisch, wenn die Bereitschaft zur Selbstreflexion bei den jeweiligen Akteuren vorhanden ist. Gesamtgesellschaftliche Diskurse in Medien und Politik über die „Verwertbarkeit“ und „Nützlichkeit“ von Menschen (beispielsweise Asyldebatte, Debatte über „Sozial-schmarotzer“) prägen auch das gesellschaftliche Klima in den Kommunen. Gewalttätige Aktionen und andere Übergriffe auf Fremde finden auch vor dem Hintergrund dieser gesamtgesellschaftlichen Debatten statt.

6. Geschlechtsspezifische Aspekte in die alltägliche Arbeit für Demokratie und Toleranz zu integrieren ist stark von der Bereitschaft der Akteure abhängig, das Thema „Gender“ als ein wichtiges zu betrachten. So sind beispielsweise geschlechtsspezifische Perspektiven auf Opfer und Täter/innen rechtsextremer und rassistischer Gewalt noch immer eine Ausnahme. Die Umsetzung des Gendermainstreaming in Bezug auf kommunale Strategien für Toleranz und Demokratie sollten in Zukunft offensiver thematisiert werden.

Literatur

Camino gGmbH (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin/Potsdam 2001.

Zu den Autor/innen

Silke Hilgers

Dipl.-Geographin (Ethnologie, Medienwissenschaft, Kulturgeographie), Theater- und Medienpädagogin

Zahlreiche längere Forschungsaufenthalte in Lateinamerika, studiums- und berufsbegleitende Fortbildungen in pädagogischen Bereichen, langjährige Erfahrung in der Jugend- und Erwachsenenbildung: Gendertrainings, Seminare zu Entwicklungspolitik, Kommunikation und interkulturellem Lernen, Theater- und Videoworkshops.

Seit 2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Camino mit den Arbeitsschwerpunkten: Jugendkulturen im ländlichen Raum, Rechtsextremismus, Gender, Theater und Film in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Esther Lehnert, Dr. phil.

Erziehungswissenschaftlerin

Promotion über sozialassistive Ausgrenzungsstrategien von Fürsorgerinnen im Nationalsozialismus

Langjährige Erfahrungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Tätigkeiten als Dozentin, Moderatorin, Trainerin und Beraterin

Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Servicestelle zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Ingo Siebert

Sozialpädagoge (Dipl. FH), Dipl.-Sozialwissenschaftler

Langjährige Erfahrungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Forschungstätigkeit im Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität Berlin, Lehrtätigkeit an der Humboldt-Universität und der Technischen Universität Berlin.

Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Camino mit den Arbeitsschwerpunkten: Strategien gegen Rechtsradikalismus, Entwicklung integrierter Handlungskonzepte, Jugendhilfeplanung, Team- und Organisationsentwicklung, Konzeptentwicklung.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Servicestelle zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplans für Demokratie und Toleranz, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Katja Wigrim

Sozialpädagogin

Praxiserfahrungen in verschiedenen Bereichen der offenen Jugendarbeit sowie in der Schulsozialarbeit.

Von 1998 bis 2004 Mitarbeiterin bei Camino mit den Arbeitsschwerpunkten: Mobile Jugendarbeit und Gemeinwesenarbeit in ländlichen Regionen, Rechtsextremismus, geschlechtsspezifische Ansätze in der Jugendarbeit, Konzeptentwicklung.